



Vorwort: *Im Herbst 2023 hatte der Landkreis Görlitz bereits das gesamte Jahr per vorläufiger Haushaltsführung gewirtschaftet. Der Entwurf des Doppelhaushaltes 2023/2024 sah eine Erhöhung der Kreisumlage auf 37 (!) Prozent vor. Das in drei Kategorien aufgeteilte Haushaltsstrukturkonzept kam einer einzigen Liste an Grausamkeiten gleich. Ohne, dass das erkennbar strukturelle Problem des Landkreises, seiner Städte und Gemeinden sich dadurch in irgendeiner Weise beheben lassen würde. Es war längst klar: Die zur Überwindung derartiger Haushaltslagen angedachten Mechanismen greifen nicht länger. Die Ursachen liegen zu weit außerhalb unseres gemeinsamen kommunalen Einflussbereiches. Diese Situation hat uns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister veranlasst, den nachfolgenden ‚Appell an die Staatsregierung‘ zu richten. Heute, genau ein Jahr und mindestens zwei wegweisende Wahlen später, müssen wir feststellen, dass sich nichts verbessert, aber vieles verschlimmert hat. Deshalb senden wir unseren Hilfe- und wahlweise Weckruf in identischem Wortlaut erneut. Denn er hat nichts an Aktualität eingebüßt. Insbesondere seit nun auch – mit Blick auf die Carola-Brücke in Dresden – nicht mehr nur symbolisch, sondern für alle sichtbar die Infrastruktur im Freistaat zu bröckeln beginnt. Ein fatales Symbol für einen Investitionsstau, der in vielen Kommunen beobachtet werden kann. Die Situation des Landkreises Görlitz steht dabei exemplarisch für die seiner kreisangehörigen Städte und Gemeinden, verschlimmert deren Nöte zusätzlich. In der Farbe **Rot eingefügt** unsere auf die zwischenzeitlichen Entwicklungen eingehenden Anmerkungen.*

November 2023

Aktualisierung – Dezember 2024

Appell an die Abgeordneten des Sächsischen Landtages

Warnhinweise zur Lage der Kommunen im Landkreis Görlitz

Sehr geehrte Abgeordnete des Sächsischen Landtages,

die Lage fast aller kommunalen Haushalte in Sachsen hat sich deutlich verschlechtert. Bereits das Jahr 2022 haben Sachsens Kommunen mit einem Defizit von 342 Millionen Euro – dem höchsten seit Anfang der 2000er Jahre – abgeschlossen. Verantwortlich sind die stark gestiegenen Aufwendungen besonders für Personal, Energie und bei Landkreisen und Kreisfreien Städten insbesondere die Sozialausgaben.

Das Defizit in den kommunalen Kernhaushalten ist allein im ersten Halbjahr 2024 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023 um fast 400 Millionen Euro auf inzwischen 638 Millionen Euro angewachsen.

Gleichzeitig steht unsere Gesellschaft aufgrund zahlreicher aktueller wie noch nicht bewältigter Krisen, der jüngsten energiepolitischen Entscheidungen der Bundesregierung

sowie der derzeitigen illegalen Zuwanderung vor immensen Herausforderungen. Die Verunsicherung unserer gemeinsamen Einwohnerinnen und Einwohner ist auf einem Höchststand. Vertrauen in die Entscheidungen politisch Verantwortlicher – auch auf kommunaler Ebene – und das Handeln staatlicher Institutionen schwindet zusehends und ist dauerhaft gefährdet. Ein rasantes Anwachsen antidemokratischer Tendenzen ist landesweit zu beobachten. Wir sind darüber in großer Sorge.

Zu Recht, wie die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Juni 2024 sowie der Landtagswahl im September 2024 belegen. Die avisierte Notlösung „Minderheitsregierung“ birgt angesichts der immensen Probleme wenig Hoffnung auf Stabilität. Sie wird eine große Herausforderung für alle Menschen im Freistaat.

Leider müssen wir exemplarisch die Entwicklung im Landkreis Görlitz benennen. Unser Landkreis steht klar belegbar unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit. Dies ist erkennbar nicht auf Missmanagement vor Ort, sondern auf seit Jahren bekannte strukturelle Defizite, chronische Unterfinanzierung und unzureichende Anwendung des Konnexitätsprinzips zurückzuführen. Aus diesem und keinem anderen Grund hat der Görlitzer Kreistag im Jahr 2021 **EINSTIMMIG** beschlossen, gegen das Sächsische Finanzausgleichsgesetz und die unzureichende finanzielle Ausstattung durch den Freistaat zu klagen. Die Gründe für die Klage haben sich nicht in Luft aufgelöst – im Gegenteil. Die Lage hat sich extrem zugespitzt: Kurzfristig wirkende Bedarfszuweisungen werden an der als dramatisch zu bezeichnenden Haushaltsschieflage nichts grundsätzlich ändern. Die nunmehr in diesem Zusammenhang seitens des Freistaats geforderte vollständige Umsetzung des vom Kreistag bislang abgelehnten Haushaltsstrukturkonzeptes beraubt den Landkreis Görlitz auch der letzten Mittel zur Absicherung der für die Standortqualität und das Vertrauen unserer Einwohnerinnen und Einwohner so wichtigen freiwilligen Aufgaben. Und das **OHNE** dabei erkennbar und nachhaltig etwas an der Situation zu verbessern.

Die Entwicklung des Kreisumlagesatzes im Landkreis Görlitz, der seit 2010 von 28 auf 36 Prozent gestiegen ist, verlagert das Problem zunehmend auf unsere Städte und Gemeinden. Die ihrerseits ebenfalls mit Personal- und Energiekostensteigerungen, Arbeitskräftemangel und überbordender Bürokratie zu kämpfen haben. Gleichzeitig stagnieren die Steuereinnahmen bei ca. zwei Dritteln des gesamtdeutschen Niveaus. Ein Viertel der kreisangehörigen Kommunen im Landkreis Görlitz hat noch immer keinen genehmigten Haushalt für das zu Ende gehende Jahr 2023. Neun unserer Städte und Gemeinden befinden sich in Haushaltskonsolidierung, weiteren steht dieser schwere Weg bevor.

Zwischenzeitlich mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Klage des Landkreises Görlitz gegen die sächsischen Finanzausgleichsmechanismen als „nicht ausreichend begründet“ abgewiesen wurde. Um die Genehmigung des Doppelhaushaltes 2023/2024 und notwendige Bedarfszuweisungen zu erhalten, forderte die Landesdirektion Sachsen ein neutrales externes Gutachten zur finanziellen Lage des Landkreises. Auch dieses belegt nunmehr EINDEUTIG, dass selbst bei Streichung SÄMTLICHER freiwilliger Ausgaben, härtester Einschnitte in der Qualität der Erledigung von Pflichtaufgaben und einer noch größeren Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden – also dem „Kahlschlag“ für

Attraktivität und Zukunftsfähigkeit – weder Haushaltskonsolidierung noch Haushaltsausgleich aus eigener Kraft gelingen können. Angesichts schwindelerregend hoher Kassenkredite nebst zu leistendem Zins ist eine Kreditwürdigkeit absehbar nicht mehr lange gegeben, stehen Eigenmittel für Investitionen und Instandhaltungen schlicht bald nicht mehr zur Verfügung. Die Bankrott-Erklärung. Vor allem im Hinblick auf die Bemühungen um den Erhalt von Einwohnerzahlen angesichts der jetzt unmittelbar bevorstehenden drastischen Auswirkungen der demografischen Entwicklung. Gerade mal vier unserer 53 kreisangehörigen Städte und Gemeinden konnten für das Jahr 2024 in ihrer Haushaltsplanung den originären Ausgleich ihrer Ergebnishaushalte nachweisen. Bereits elf Kommunen waren gezwungen ein Haushaltstrukturkonzept aufzustellen. Immerhin 31 der Städte und Gemeinden rutschten im Frühwarnsystem in die Kategorien C oder D – „kritische oder gar instabile Haushaltslage“. Nicht berücksichtigt sind dabei all die aufgrund der finanziellen Situation unterlassenen Instandhaltungen und ausbleibenden Investitionen in unsere Infrastruktur und Gebäudebestände. Zum Schaden unserer Einwohner und der hiesigen Wirtschaft. Benötigt werden daher auch dringend entbürokratisierte Konjunkturprogramme, mindestens für Straßen, Brücken, Schulen, Kitas und Feuerwehren. Und eine verstärkte Konzentration auf die wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge sowie die Abkehr von den uns Kommunen in den letzten Jahren stetig zugewachsenen zusätzlichen Aufgaben, zu deren Erfüllung wir personell, finanziell und administrativ schon lange nicht mehr in der Lage sind.

Zusätzlich zu den Konsolidierungsmaßnahmen, die die kreisangehörigen Städte und Gemeinden und ihre Einwohner in den zurückliegenden Jahren einiges an Lebensqualität gekostet haben, stehen weitere schmerzliche Einschnitte unweigerlich bevor. Längst nicht mehr nur im freiwilligen Bereich. Die Anstrengungen zur Meisterung des aktuellen Strukturwandels werden geradezu konterkariert. Statt die weichen Standortfaktoren zu stärken, wie es das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ vorsieht und ermöglicht, droht ein weiterer Aderlass zu Lasten der Attraktivität der gesamten Region. Der damit noch weiter fortschreitende Vertrauens- und Kontrollverlust beeinträchtigt den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer Region massiv.

Mit der Folge, dass sich mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger überfordert und verständnislos abwenden, demokratische Prozesse anzweifeln, Meinungsfreiheit negieren und humanitäre Werte zusehends in Frage stellen. Die schwindende Finanzkraft in öffentlichen wie privaten Haushalten, der stetig anwachsende Sanierungsstau oder gar die Schließung öffentlicher Infrastrukturen tragen nicht zum Vertrauen in demokratische Entscheidungen, in staatliches und kommunales Handeln bei. Der dies begleitende stetige offene Dauerwahlkampf in den Regierungskoalitionen auf Bundes- und Landesebene führt eben nicht zu einer Schärfung von Parteienprofilen, sondern zur zusätzlichen Erosion der politischen Mitte hin zu radikalen antidemokratischen und antieuropäischen Positionen.

Heute blicken wir beunruhigt auf instabile politische Verhältnisse in Freistaat und Bund. Scheinbar ist die einzig realistische Option im Freistaat

die angestrebte Minderheitsregierung. Sie wird teure Zugeständnisse erfordern. Im Bund ist die Situation für die nächsten Wochen und Monate gänzlich offen. Die wirtschaftlichen Folgen und Verwerfungen der sich aneinanderreihenden weltweiten Krisen sind uns wohl bewusst. Und dennoch: „Zu Hause“ muss es funktionieren. Wir sind davon überzeugt, dass sich die Gräben in unserem Land erst wieder schließen lassen, wenn die Menschen spüren, dass das Leben in ihrem unmittelbaren Umfeld funktioniert. Erst dann können auch wir Solidarität einfordern.

Wir fordern daher - weiterhin und dringender denn je - eine rasche und deutliche strukturelle Stärkung der kommunalen Finanzkraft und Berücksichtigung unserer knappen personellen Ressourcen.

Dem steht die aktuelle Bundes- und Landespolitik bislang offenbar entgegen, denn sie neigt nach wie vor dazu, uns Kommunen noch mehr kostenträchtige wie ressourcenverschlingende Aufgaben zu übertragen: die permanente Erhöhung sämtlicher Standards – das Übermaß an stetig wachsenden Schutz- und Sicherheitsanforderungen verteuert nicht nur jede Baumaßnahme, sondern lähmt Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse, Aufgaben wie die kommunale Wärmeplanung werden ohne Rücksicht auf vorhandene Ressourcen und adäquate Finanzausstattung gesetzlich übertragen. Bewährte Förderinstrumente haben in den letzten Jahren zusätzliche bürokratische Hürden und empfindliche Budgetkürzungen erfahren, dagegen entstehen immer neue aufmerksamkeitsheischende Wettbewerbe verschiedener Ministerien.

Wir brauchen aber:

- eine der Tarifentwicklung angepasste Dynamisierung der Landeszuschüsse für den Kitabereich - üblicherweise in fast jeder Kommune eine der größten Ausgabenpositionen
- die konsequente Entbürokratisierung wichtiger Förderinstrumente wie z.B. LEADER, EFRE und GRW-Infra
- einen starken sächsischen Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren im Bund und der EU, gedacht aus der Perspektive der Ausführenden – der Kommunen
- eine Verbesserung der Einnahmesituation – durch höhere Anteile der Städte und Gemeinden am Steueraufkommen sowie höhere allgemeine Zuweisungen des Landes an die Kommunen.

Wir müssen zurück zur im Grundgesetz verankerten kommunalen Selbstverwaltung! Sie ist nur dann gewährleistet, wenn auch die im nächsten Jahr zu wählenden Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte noch Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume in ihren Kommunen erkennen können.

SO ginge sächsisch!

Heute ist klar: der Landkreis Görlitz ist nicht mehr der einzige sächsische Landkreis in Schieflage. Aber nach wie vor einige Schritte voraus. Wir

vermissen in allen bisherigen öffentlichen Verlautbarungen zur Regierungsbildung in Sachsen das Problembewusstsein und das parteiübergreifende Bekenntnis zur Verbesserung der finanziellen Situation der Städte und Gemeinden. Hier leben die Menschen. Hier gehören die Probleme gelöst.

*Für die Städte und Gemeinden im Landkreis Görlitz, im ~~November 2023~~ **Dezember 2024**:*

Gez.

*Roland Höhne
Bürgermeister der Gemeinde Rosenbach/
Kreisrat/ SSG-Kreisvorsitzender*

*Markus Hallmann
Bürgermeister der Gemeinde
Mittelherwigsdorf/ Kreisrat/ Stellv. SSG-
Kreisvorsitzender*

*Hendryk Balko
Bürgermeister der Gemeinde Boxberg/
SSG-Kreisvorstand*

*Philipp Eichler
Bürgermeister der Stadt Rothenburg/
Kreisrat/ SSG-Kreisvorstand*

*Sylvia Hölzel
Bürgermeisterin der Gemeinde Oppach/
SSG-Kreisvorstand*

*Frank Peuker
Bürgermeister der Gemeinde Großschönau/
SSG-Kreisvorstand*

*René Schöne
Bürgermeister der Gemeinde Kodersdorf/
SSG-Kreisvorstand*

*Markus Weise
Bürgermeister der Stadt Bernstadt/ Kreisrat/
SSG-Kreisvorstand*

*Thomas Zenker
Oberbürgermeister der Stadt Zittau/ Kreisrat/
SSG-Kreisvorstand*